

Die italienische Zivilgesellschaft in der Ära Berlusconi

Das ‚Phänomen Berlusconi‘ ist eine ernste politische Tatsache. Sie kann weder mit abschätzigen Tönen abgetan noch als extravagant abgestempelt werden, wie es noch bis vor einigen Jahren möglich war und geschehen ist. Seit mehreren Jahren ist es auf der politischen Bühne Anzeichen und Wegbereiter für eine Mutation der italienischen Demokratie. Ist es eine (versuchte) Erneuerung des politischen Systems oder auch eine tiefe Veränderung der Zivilgesellschaft?

Heutzutage gibt es in Italien keine politische Kraft oder Partei, die eine Alternative zu Berlusconi darstellen könnte. Die Mitte-Links-Koalition hat nicht nur ihre letzte historische Chance vertan, eine andere Regierung zu bilden, sondern hat eine Partei hinterlassen (*PD, Partito Democratico*), die zunehmend in politischer Impotenz versinkt.

Möchte man in diesem Zusammenhang vom ‚Phänomen Berlusconi‘ sprechen, so täte man gut daran, endgültig die Urteile beiseite zu legen, die es als eine medienpopulistische Version einer tendenziell antidemokratischen Politik betrachten. Nein: Der ‚Berlusconismus‘ ist eine Variante bzw. eine Form des demokratischen Lebens, die in ihrer Originalität bzw. Eigengesetzlichkeit analysiert werden muss.

Es ist auch Zeit, das vereinfachende Bild von Silvio Berlusconi als lediglich verführerischem Medienmogul *ad acta* zu legen, der dank seines privaten Reichtums und seines Einflusses als Besitzer der Hälfte der italienischen Fernsehsender an die Macht gekommen ist und diese weiter ausübt, indem er die Italiener hinter Licht führt oder von seinem ‚Interessenkonflikt‘ ablenkt.

Der ‚Berlusconismus‘ deckt sich mit den Ambitionen breiter politischer (im Mitte-Rechts-Bündnis organisierter) Kreise, die sich schon auf eine virtuelle Ära nach Berlusconi vorbereiten, im Augenblick aber noch nicht ohne ihn auskommen. Diese politischen Kreise wollen das vom *Cavaliere* Geschaffene verwalten, keineswegs aus der Welt schaffen.

So lässt sich erklären, warum Berlusconis „Interessenkonflikt“ (der weiterhin in der europäischen Öffentlichkeit negative Wellen schlägt) vom Mitte-Rechts-Bündnis und vom Großteil der Italiener nicht für einen ausreichenden Grund gehalten wird, ihn aus der Regierung zu entfernen oder zumindest sein politisches Gewicht einzuschränken.

Der heutige Berlusconismus geht einher mit einer radikalen Erneuerung der Politikerklasse, auch wenn viele ihrer Vertreter aus traditionellen politischen Gruppierungen stammen (aus der so genannten ‚Ersten Republik‘). Ja, es sind gerade die ehemaligen Christdemokraten und die ehemaligen Sozialisten, die zusammen mit den Exponenten der postfaschistischen *Alleanza Nazionale* und der *Lega Nord* das technisch-professionelle Rückrat der Regierung bilden.

Die Wähler von Berlusconi stammen nicht exklusiv aus Mittel- und Oberschichten. Es sind kleine Leute, Handwerker, Händler, Hausfrauen, sogar einfache Arbeiter. Wer sich heute wirtschaftlich und sozial benachteiligt fühlt – wo auch immer auf der sozialen Leiter er stehen mag – wendet sich dem Berlusconismus zu, der eine Änderung des *status quo* verspricht, neue Spielregeln, da die alten als Bremsklotz für die Wirtschaft gelten, eine bürokratische Deregulierung und größere lokale Handlungsspielräume. Und heute – im Klima der großen Rezession – versichert die Regierung, die in Schwierigkeiten geratenen kleinen Bürger positiv (natürlich ohne das politisch unkorrekte Wort „protektionistisch“ zu nennen) zu unterstützen.

An dieser Stelle kommt noch eine wichtige Bemerkung hinzu. Im politischen und publizistischen Diskurs ist der Begriff ‚Bürger- bzw. Zivilgesellschaft‘ zweideutig. Einerseits – analytisch betrachtet – signalisiert er das Zusammenspiel von sozialen Vereinigungen, Gruppen und Bewegungen, die Ressourcen wie Vertrauen, Kommunikations- und Teilnahmefähigkeit aktivieren, und gleichzeitig eine oft untereinander zerstrittene Interessen- und Rechtspluralität vertreten, die Autonomie vom Staat verlangen, aber zusammen seinen Schutz brauchen. In dieser Perspektive ist die Zivilgesellschaft eine vielschichtige und schwierig zu handhabende soziale Realität, die nur durch die Politik regiert werden sollte. (Übrigens darf man nicht vergessen, dass viele soziale Pathologien (endemische Komplizenschaft weiterer sozialer Kreise mit Mafia und Camorra, ein ganz allgemeines Fehlen von Gemeinsinn und Staatssinn in Italien, asoziales Verhalten und latenter Rassismus) nicht von außen kommen, sondern aus dem Inneren der Gesellschaft.)

Dagegen gibt es eine andere, idealisierte Bedeutung von Zivilgesellschaft als Summe normativer sozialer Werte. In diesem Sinne spricht man gerne von einer Trennung, wenn nicht gar von einer Entfremdung zwischen dem politischen System (ineffizient, inadäquat, sogar korrupt) und der ‚Bürgergesellschaft‘ (gesund, lebendig, reich an Ressourcen und Energie). Nicht zufällig unter diesem Blickwinkel appellieren viele Linke an die italienische ‚Zivilgesellschaft‘, die sich Berlusconi entgegenstellen könnte oder sollte.

Das ist ein naiver Fehler. Der Berlusconismus ist ja selbst Ausdruck der italienischen ‚Bürger- bzw. Zivilgesellschaft‘. Oder, wenn man so mag, Ausdruck der tiefen Enttäuschung und Ratlosigkeit vieler Bürger über die alte Politik bzw. das traditionelle parteipolitische System. Der Berlusconismus erscheint daraus als ein möglicher Ausweg.

Es hat also keinen Sinn, die Zivilgesellschaft und das politische System einander prinzipiell gegenüberzustellen, als ob es sich um zwei Pole oder autonome Größen handele.

Den linken Politikern kann man vorhalten, was sie seit Jahren selbst wiederholen, dass die italienische Zivilgesellschaft eine „menschennahe“ Politik fordere, politische *leader* erwarte, die keine „Spielbälle von Palastintrigen“ sein dürften, fähig zu großen Entscheidungen, die das politische System vereinfachen und den innerparteilichen Streitigkeiten ein Ende bereiten. Nun gut, Berlusconi verkündet heute, diese Kriterien zu erfüllen. Seine Antworten mögen die falschen sein, aber man kommt nicht gegen sie an, indem man eine idealisierte Zivilgesellschaft, die es gar nicht gibt, heraufbeschwört.

Es ist schwierig, die programmatischen Erklärungen der Regierung Berlusconi und ihre ‚politische Philosophie‘ *a priori* zu beurteilen. Die politische Kultur des Berlusconismus bezieht sich ganz allgemein auf „liberale“ Werte, auf Modernität/Modernisierung, und – nebenbei bemerkt – wenn es um Fragen der Bioethik oder der zivilen Ethik geht, bezieht sie sich ganz ehrerbietig auf rigoros „christliche“ Werte im Sinne der katholischen Kirche. Im täglichen Politikgeschäft zählt jedoch nur die systematische und direkte Konfrontation mit der Linken und ihrer Kultur, und seit einiger Zeit wird die Linke der (wirklichen oder angenommenen) Verweigerung beschuldigt, mit der Regierung an der Überwindung der Krise verantwortlich zusammenarbeiten. Der Berlusconismus lebt von einer der Linken entgegengesetzten Kultur – oft unter dem Vorzeichen eines posthumen Antikommunismus. Die Linke und ihr politisches und wirtschaftliches Erbe wird für alle italienischen Probleme verantwortlich gemacht.

Dennoch gilt es zu betonen, dass die Prioritäten der Regierung Berlusconi heute nicht wirtschaftlicher Natur sind, sondern es sind „*le riforme*“ institutioneller und konstitutioneller Natur sowie der Justiz, wie sie in Italien genannt werden.

Im Gegensatz zu dem am Beginn seiner Karriere von ihm kultivierten ‚antipolitischen‘ Bild neigt der *Cavaliere* heute dazu, sich immer mehr als „Politiker und Staatsmann“ aufzuspielen. Als Berlusconi Anfang der 1990er-Jahre die politische Bühne betrat, stellte er sich im Gegensatz zum Professionalismus der alten politischen Klasse polemisch als *l'uomo nuovo* vor. Er schuf und entwickelte eine „persönliche Partei“ ganz neuen Zuschnitts (*Forza Italia*), ohne bürokratische Strukturen, mit Führungskräften, die er koordiniert und die von seiner Person abhängig sind. Heute präsentiert sich Berlusconi als derjenige, der das etablierte Parteienbild Italiens verändert hat und – gestärkt durch die Unterstützung seiner Bündnispartner *Alleanza Nazionale* und *Lega Nord*, die ihm ihre Regierungsbeteiligung verdanken – strebt er auch eine Änderung des institutionellen / konstitutionellen Panoramas in präsidentiellem Sinn an.

Wenn man sich all dies vor Augen führt, muss man den Begriff ‚Medienpopulismus‘ neu überdenken, der auch in Deutschland weiterhin so gerne benutzt wird, um dem ‚Phänomen Berlusconi‘ beizukommen. Der Ausdruck ist jedoch viel zu vage und wurde auch schon aus anderen Anlässen und für andere europäische politische Persönlichkeiten verwendet. Die These, in Italien herrsche eine Art Mediendiktatur oder eine Einschränkung der Kritikfreiheit, ist eine Übertreibung. Zweifelsohne gibt es heute (2009) in Italien eine Überwachung des öffentlichen Fernsehens durch die Regierung Berlusconi, die eine zu lautstarke Kritik an der Regierung verhindert. Aber das ist kein exklusiv italienisches Phänomen, denn hier kann sich auch weiterhin eine kleine Minderheit der öffentlichen Meinung mit einigen regierungskritischen Fernsehsendungen identifizieren. Trotzdem lässt sich eine zunehmende Selbstzensur von Journalisten bei Fernsehen und Presse feststellen. Gegenüber Berlusconi hat sich der Tonfall und der Stil vieler

Kommentatoren eindeutig verändert. Dies ist angesichts des beachtlichen Wählerkonsenses verständlich, den das von ihm geleitete Bündnis erreicht hat.

Wenn man nach einem Ausdruck sucht, der die Natur des Berlusconiismus heute am geeignetsten zusammenfasst, so könnte man von ‚demokratischem Populismus‘ sprechen. Der Ausdruck – historisch keineswegs ein Original – ist freilich in diesem Fall weniger allgemein zu verstehen, als er normalerweise verwendet wird.

Beginnen wir mit dem Begriff „*popolo*/Volk“, der hier genau im Sinne von „*popolo-degli-elettori*/Wahlervolk“ zu verstehen ist: Die Mehrheit der Wähler verkörpert automatisch den souveränen *demos*, der sogar die Verfassung nach seinem Willen gestalten kann. Jeder Wahl – charakterisiert in ihren kommunikativ-mediatischen Aspekten von typisch plebiszitären Zügen, mit einer Art Hyper-Personalisierung und dem Verfall der Politik zum Spektakel – wird ein virtuell verfassungsgebender Charakter zugeschrieben. Hinter Wahlsprechen wie „Veränderung“ und „Innovation“ versteckt sich die Aufgabe des klassischen Verständnisses der Verfassung als Mächtegleichgewicht und prinzipielles Einverständnis unter den gegnerischen politischen Kräften. „Demokratisch“ bleibt nur der Wahlmechanismus, dessen Ergebnis ein radikal angewandtes *spoils system* zu rechtfertigen scheint (der Gewinner bestimmt die Regeln).

Die andere Komponente dieses demokratischen Populismus ist die direkte Beziehung zwischen den Wählern und dem *leader*, dem charismatische Eigenschaften zugeschrieben werden. (Im italienischen Fall beschränken sich die emphatischen Huldigungen des *leader* – spontan, naiv oder gesteuert – noch weitgehend auf subkulturelle Bereiche). Sicherlich schwindet die Zentralität der parlamentarischen Vermittlung, auch wenn natürlich die Rolle der parlamentarischen Vertretung nie offiziell negiert wird. Doch die Abgeordneten der *Forza Italia* spielen beispielsweise eher die Rolle von Vertretern des *leader* (auf den sie sich vom Wahlkampf an ausdrücklich beziehen).

Inzwischen hat Berlusconi die Auflösung der *Forza Italia* und die Schaffung einer neuen politischen Gruppierung angekündigt (*Popolo della Libertà*, die auch die *Alleanza Nazionale* umfassen soll) – eine reine Wahlhilfegruppe für den *leader* und seine kooptierten Mitarbeiter.

Diese neue Gruppierung, obwohl sie nur allzu deutlich das Konzept ‚Volk‘ (*popolo*) heraufbeschwört, hat nichts mit einem *partito popolare* (Volkspartei) traditionellen Zuschnitts zu tun. Noch weniger hat sie mit der alten *Democrazia Cristiana* zu tun, die heute von vielen als Modell neu bewertet wird. Dem *Popolo della Libertà* fehlt nicht nur die Organisationsstruktur der traditionellen Massenparteien, sondern auch ihre soziale Basis (das Volk), auf die es sich bezieht, hat sich grundlegend verändert.

Das Wahlvolk ist im Verhältnis zu der Klassenunterteilung der traditionellen Gesellschaft und ihrer parteipolitischen Projektionen sozial entstrukturiert. Nochmals auffällig sind einige Analogien mit der Struktur der Gesellschaft von heute: Die soziale Schichtung ist – ohne ihre grundlegend klassenspezifischen Eigenschaften zu verlieren – sehr komplex geworden, und zwar wegen der unterschiedlichen Einkommensquellen und Arbeitspositionen, wegen der Vielfalt an Lebens- und Konsumstilen, wegen der sozialen Selbstperzeption. Es ist kein Zufall, dass Berlusconi nie von „sozialen Klassen“ spricht, sondern – in etwa *politically correct* – von „erfolgreichen / nicht erfolgreichen Bürgern“, von „Privilegierten / Unterprivilegierten“, und die unteren (proletarischen) Klassen bestehen demgemäß für ihn aus denjenigen, die dahinter „zurückgeblieben“ sind.

Eine Art sozialer Homogenität entsteht nur in der (vorgeblichen) Unmittelbarkeit der Beziehung zwischen dem *leader* und den Wähler. Bei genauerem Hinsehen merkt man jedoch, dass die gesamte direkte Beziehung zwischen dem politischen Führer und dem Wahlvolk nicht mehr als eine – vornehmlich mediatische – Fiktion ist.

Natürlich gibt es auch in präsidentiellen Regierungssystemen (amerikanischer oder französischer Spielart) eine direkte Beziehung zwischen Wählern und *leader*, die unter Umständen populistische Züge annehmen kann, nur fehlt im Falle des Berlusconiismus eine institutionelle präsidentielle Stützmauer. Berlusconi als charismatische Person möchte die institutionelle Rolle des Präsidenten ersetzen. In diesem Sinne kann man von informellem oder schleichendem Präsidentialismus sprechen, der – im Namen seines Wahlervolkes – die existente Verfassungsordnung bedroht.

Werfen wir kurz einen Blick zurück, um in großer Linie die Chronik der diversen Regierungen Berlusconi mit ihren Kontinuitäten und Brüchen zu entwerfen. Wenn Italien seit Anfang der Neunzigerjahre eine Krise der traditionellen Parteiendemokratie erlebt hat, so ist dies vor allem auf systemimmanente Gründe zurückzuführen, nicht etwa auf die

vermeintliche ‚Kolonisierung‘ der Politik durch das von einem Medienzar dominierte Informationswesen. Dass es mit Berlusconi zum größten Umbruch in der politischen Klasse seit 1945/48 gekommen ist, steht außer Frage. Möglich wurde er jedoch erst aufgrund einer strukturellen Krise des traditionellen Parteiensystems, die Berlusconis Weg in die Politik vorausging.

So ist Berlusconi gewiss nicht für den Untergang der alten *Democrazia Cristiana*, die Auflösung des *Partito Socialista Italiano* und die Wandlung des *Partito Comunista Italiano* verantwortlich. Die Umstrukturierung des traditionellen politischen Systems, die mit ‚*Tangentopoli*‘ einsetzte, wurde durch Berlusconi lediglich zu einem Ende geführt. Zugleich gelang es ihm, sich der als „politisiert“ gebrandmarkten Justiz zu entziehen und ein allgemeines Klima des Misstrauens gegenüber der „Justizrevolution“ zu schaffen. Es veranlasste die Parlamentsmehrheit dazu, innerhalb weniger Jahre eine umstrittene Reform des italienischen Rechtssystems zu beschließen.

Indem Berlusconi um sich und die ganz auf ihn zugeschnittene Partei *Forza Italia* die *Alleanza Nazionale* (die ehemaligen Neofaschisten), die *UDC (Unione dei Democratici Cristiani)*, die heute einen Teil der ehemaligen Christdemokraten beheimatet, sowie die *Lega Nord* sammelte, trieb er die Polarisierung des politischen Systems weiter voran – die Opposition besteht heute aus der Mitte-Links-Koalition um Romano Prodi, die sich zuerst *Ulivo* und schließlich *Unione* nannte. Dennoch muss auf die Tatsache hingewiesen werden, dass die Entstehung zweier gegnerischer Lager, die von Berlusconi beschleunigt, wenn nicht gar provoziert worden ist, zu einer Repolitisierung der Gesellschaft geführt hat – und nicht zu einer Entpolitisierung, wie sie von einigen Wissenschaftlern vorhergesagt, ja geradezu befürchtet worden ist. Allerdings führt diese Repolitisierung nicht nur zu einem verschärften Lagerdenken, sondern begünstigt bisweilen politikfeindliche Einstellungen – bis hin zur Diffamierung von Berufspolitikern. Mit einer Entpolitisierung haben diese Phänomene gleichwohl nichts gemein.

Was die Ergebnisse der vorigen Regierung Berlusconi (2001–2005) betrifft, so kommen beide Gruppierungen zu diametral entgegengesetzten Urteilen. Ganz im Gegenteil zu den Versicherungen des *Cavaliere* – alle oder fast alle Ziele seines Regierungsprogramms erreicht zu haben – ist freilich nicht zu übersehen, dass der durch Marktliberalisierung und Steuersenkungen versprochene Wirtschaftsaufschwung nicht stattgefunden hat. Alle ökonomischen Parameter deuteten darauf hin, dass das tägliche Leben der Italiener schwieriger geworden ist.

Der Ministerpräsident leugnet diese Tatsachen nicht, erklärt aber, dass es sich um eine von außen, und zwar von der wirtschaftlichen Lähmung Europas, bestimmte Entwicklung handele. Und er gibt zu verstehen – oder lässt durch seine Minister erklären –, dass die Schuld bei der gemeinsamen europäischen Währung und den restriktiven Maßnahmen der „Brüsseler Bürokratie“ liege. Berlusconis letzter und wichtigster Trumpf aber ist und bleibt das Schreckensbild einer nationalen Katastrophe im Fall eines Wahlerfolgs der Mitte-Links-Parteien, der „Kommunisten“.

Ein Wort zum schwierigen Verhältnis von Berlusconi und der italienischen Justiz. Nichts bringt Berlusconis Einschätzung der Justiz besser zum Ausdruck als eine Erklärung aus dem Jahr 2003. Ende Januar 2003, am Tag nachdem das Mailänder Gericht als Verhandlungsort für die Prozesse gegen Berlusconi und seinen Freund und Anwalt Cesare Previti wegen Richterbestechung bestätigt worden war, wurde eine Videoaufnahme ausgestrahlt, in der der Ministerpräsident wörtlich erklärte: „In einer liberalen Demokratie kann derjenige, der durch souveränen Wählerwillen regiert, solange er im Amt ist und die Staatsangelegenheiten leitet, nur von seinesgleichen, das heißt von vom Volk gewählten Vertretern, verurteilt werden. Die Regierungsgewalt obliegt dem Volk und dem, der es repräsentiert. Sie kommt nicht demjenigen zu, der nach einem erfolgreichen Bewerbungsverfahren und in eine Robe gekleidet die Aufgabe hat, Recht zu sprechen“.

Diese Thesen spiegeln zwar keineswegs die allgemeine Meinung wider, aber es besteht kein Zweifel, dass sich in der Zwischenzeit die Idee der Notwendigkeit einer Justizreform in Italien durchgesetzt hat. Die Positionen der politischen Parteien sind jedoch weit voneinander entfernt. Wie oben bereits erwähnt, dominiert bei der Rechten wie der Linken das Misstrauen, dass die Reformen oder ihr Ausbleiben nichts mit der Funktionalität der Justiz, sondern mit ihrer Politisierung zu tun hätten (da sie von einer bestimmten politischen Ausrichtung abhingen). Es kommt hinzu, dass die ‚technischen‘ Meinungen der Richter noch andere sind. Aber der prinzipielle Widerstand gegenüber jeder Veränderung, die als abträglich für die Autonomie der Magistratur gilt, hat deutlich abgenommen.

Was die Vorschläge der Regierung betrifft, wenn wir vom vornehmlich zweitrangigen – in Politik und Medien aber höchst umstrittenen – Problem der Grenzen der Telefonüberwachung von Verdächtigten absehen, so ist die wichtigste anstehende Frage die der Trennung der Karrieren von Staatsanwälten und Richtern.

Berlusconi möchte den heute in Gerichtsverhandlungen „dominierenden“ Staatsanwalt in einen einfachen „Anwalt der Anklage“ mit der Verteidigung ähnlichen Rechten und Pflichten verwandeln. Auf diese Weise wäre dem Bürger ein unparteiisches Urteil sicher, indem wieder ein Gleichgewicht zwischen den Parteien in einem Prozess hergestellt würde, da heute – so Berlusconi – die Anklage begünstigt sei. Die neue Figur des Staatsanwaltes soll einen getrennten Verband bekommen, mit eigenen Zugängen und Karrieren und einem eigenen *Consiglio Superiore* (Oberster Rat).

Wer sich dem entgegensetzt (darunter die Richter linksliberaler Ausrichtung), fürchtet, die Schaffung eines autonomen Verbandes von Staatsanwälten könnte zu einer gesonderten Körperschaft führen, unkontrollierbar und schlimmstenfalls mit eigenen politischen Zielen. Oder zu einer Körperschaft im Dienste von Regierungsanweisungen. So oder so: eine Gefahr für die Demokratie. Was die Funktionalität der Prozessordnung betrifft, würde letztendlich die Zuschreibung von Untersuchungsbefugnissen an den „Verteidigungsanwalt“, die identisch mit denen des Staatsanwaltes sind, das Funktionieren der Justiz umwälzen.

Die Kritiker von Berlusconis Vorschlag (der auch das Recht bzw. die Pflicht der Polizei enthält, Untersuchungen durchzuführen, ohne eine richterliche Autorisierung abzuwarten) sehen darin einen Versuch, die Generalstaatsanwaltschaften zu schwächen, die in den letzten Jahren – so die einen – hervorragende Arbeit bei der Kontrolle der Politik geleistet hätten, während sie laut Anderen (Berlusconi und seine Unterstützer) durch die Politisierung der Justiz und die Einschüchterung (mit unpassenden gerichtlichen Vorkehrungen) der aktivsten Unternehmer der italienischen Gesellschaft nur Schaden zugefügt hätten.

Das Problem der Justiz ist also ein komplexes, weil die Faktoren, die zur Erhöhung ihrer Effizienz und Billigkeit für funktional gehalten werden, für eng an (wirkliche oder angebliche) politische Beurteilungen gebunden angesehen werden.

Etwas Ähnliches geschieht auch bei den Vorschlägen zur institutionellen/konstitutionellen Reform. Zurzeit hat die Regierung kein genaues Reformkonzept in präsidentiellem Sinn (oder in Richtung sogenannter *Premierato* oder gar *Cancellierato*). Tatsächlich spricht man in Italien seit Jahrzehnten mit grobem Dilettantismus und historisch-konzeptueller Ungenauigkeit davon. Der einzige Fixpunkt für die Mitte-Rechts-Gruppierung ist dabei die Absicht, die Entscheidungsfähigkeit der Exekutive, insbesondere die des Premiers, zu stärken. Mitte-Links andererseits ist gegen jede Initiative, die zu Formen des Autoritarismus führen könnte.

Die Gegenüberstellung konzentriert sich auf die Möglichkeit, die Verfassung zu reformieren, für deren Veränderung eine qualifizierte Mehrheit im Parlament notwendig ist. Im Augenblick kann man der Konfrontation zweier prinzipieller Positionen beiwohnen: einerseits die Unantastbarkeit der Verfassung (verkörpert vom Präsidenten der Republik, der natürlich die Integrität der Verfassung verteidigt) und andererseits die Position des Mitte-Rechts-Lagers, welches auf die Legitimität einer Verfassungsänderung besteht – ohne jedoch konkrete Wege zu deren Durchführbarkeit aufzuzeigen.

Im Übrigen gibt sich Berlusconi zum Zweck seines „Dezisionismus“ – abgesehen von seiner mediatischen Hauptdarstellerrolle – mit dem systematischen Gebrauch von Rechtsverordnungen im Parlament zufrieden und dem Forcieren einiger kritischer Punkte des institutionellen Apparates, indem er beispielsweise die Justizreform in eine von ihm gewünschte Richtung drängt. Was mit einer Verfassungsreform nicht durchsetzbar ist, ist mit der Regierungspraxis erreichbar. In diesem Sinne ist es durchaus angebracht, von Berlusconis Tendenz zu sprechen einen informellen Präsidialismus auszuüben, was ihm natürlich von den ihm günstigen politischen Bedingungen ermöglicht wird.

Eine kurze provisorische Bilanz: Der Wandel bzw. die Mutation des italienischen demokratischen Systems, der am Anfang genannt wird, ist das Ergebnis einer Vielfalt von Faktoren und kann nicht auf den Willen oder die Persönlichkeit eines Mannes und seiner Anhänger zurückgeführt werden. Wenn meine Analyse zutreffend ist, so ist der Berlusconismus das Symptom einer Krise sowohl der politisch-parteilichen Vertretung in Italien, der

Regierungsfähigkeit/Effektivität wie auch der vielfachen Enttäuschungen der Bürger – also der gesamten Zivilgesellschaft.

Von einer Krise der Demokratie *tout court* in Italien würde ich dennoch nicht sprechen. Der ‚demokratische Populismus‘ mit seinen oben beschriebenen plebiszitär-mediatischen Charakteristika ist eine Möglichkeit, auf die beiden Defizite in der Repräsentation und der Entscheidung zu antworten und diese zu ersetzen.

Dies ist nicht der Ort, um über die Opportunität einer Reform in präsidentiellem Sinne (nach französischer oder anderer Variante) oder zumindest über Möglichkeiten zur Stärkung der Exekutive in Italien zu spekulieren. Seit Jahren wird wegen der ungebeugten Opposition nicht nur der Linken, sondern auch anderer Parteien der Mitte (der ehemaligen Christdemokraten) erfolglos darüber diskutiert. Aber es besteht kein Zweifel, dass in Italien der Ruf nach stärkeren Entscheidungskompetenzen und Effektivität für die Regierung immer lauter wird.

Es führt an dieser Stelle zu weit zu diskutieren, ob es sich um ein wirkliches Bedürfnis und eine reale Notwendigkeit für die italienische Demokratie handelt oder nur um ein Ablenkungsmanöver, hinter welchem alle anderen Probleme des Landes versteckt werden können. Berlusconis Erfolg steht und fällt auch mit der Erfüllung der Erwartung, dass seine Regierung klare und kompakte Entscheidungen fällt, im Gegensatz zu der Unentschlossenheit anderer Regierungen (inklusive Romano Prodis), die lähmenden Interessengegensätzen zum Opfer fielen. Daher die latente Veränderung im präsidentiellem Sinne, die Berlusconi auch ohne institutionelle Veränderungen einführt. Aber diese baut – wie wir gezeigt haben – auf eine Parteienpolarisierung (Mitte-Rechts / Mitte-Links), die zur Zeit Berlusconis Formation bevorzugt und stärkt und ihr Gegenüber in Schwierigkeiten bringt.

Vor diesem Hintergrund steht die – oft ideologisch als „Zivilgesellschaft“ positiv apostrophierte – italienische Gesellschaft: tief geteilt, sozial gespalten und zerrissen, im großen und ganzen passiv und resigniert, trotz einiger aktiver Gruppen oder auch öffentlicher Kundgebungen, die ein paar Stunden lang die Bildschirme füllen, aber ohne politische Folgen von Belang bleiben. Aus diesem Grund wäre hier eher ein „Fall Italien“ als ein „Phänomen Berlusconi“ zu verhandeln gewesen. (Gian Enrico Rusconi)

Erschienen in: *„Aspekte gesellschaftlicher Mitte in Europa - Annäherungen und Potentiale“*, gesammelte Beiträge der [29. Sinclair-Haus-Gespräche der Herbert-Quandt-Stiftung](#), vom 24. und 25. April 2009 in Bad Homburg.